

PROF. DR. RALF ALLEWELDT

Alt-Reinickendorf 19 A
D-13407 Berlin
Tel. 030 9143 6466
mob. 0173 448 7194

11. Januar 2019
Az.: P 01/2019

Prof. Dr. R. Alleweldt Alt-Reinickendorf 19 A 13407 Berlin

Bundesverfassungsgericht
Schlossbezirk 3

76131 Karlsruhe

In dem Verfassungsbeschwerdeverfahren

1. der Verfassten Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität, vertreten durch die Vorstände A und B,
2. des Herrn C,
3. der Frau D,

Beschwerdeführer,

Bevollmächtigter zu 1-3:

Prof. Dr. Ralf Alleweldt, Alt-Reinickendorf 19 A, 13407 Berlin,

gegen

- 1) den Beschluss des Obergerverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 10. Dezember 2018 – OVG 1 S 13.18 –, zugestellt am 12. Dezember 2018,
- 2) den Beschluss des Verwaltungsgerichts Berlin vom 20. Februar 2018 – VG 29 L 35.18 –.

- Aktenzeichen noch nicht bekannt -

habe ich am 10. Januar 2019 - zunächst ohne Begründung - Verfassungsbeschwerde erhoben und die Anlagen 1-20 übersandt.

Ich beantrage, wie folgt zu erkennen:

1. Der Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 10. Dezember 2018 – OVG 1 S 13.18 – und der Beschluss des Verwaltungsgerichts Berlin vom 20. Februar 2018 – VG 29 L 35.18 verletzen die Beschwerdeführerin zu 1) in ihren Grundrechten aus Art. 2 Abs. 1 GG, Art. 5 Abs. 3 GG und Art. 19 Abs. 4 GG.

2. Der Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 10. Dezember 2018 – OVG 1 S 13.18 – und der Beschluss des Verwaltungsgerichts Berlin vom 20. Februar 2018 – VG 29 L 35.18 verletzen den Beschwerdeführer zu 2) und die Beschwerdeführerin zu 3) in ihrem Grundrecht aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG und ihrem Grundrecht aus Art. 19 Abs. 4 GG.

3. Der Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 10. Dezember 2018 – OVG 1 S 13.18 – wird aufgehoben. Die Sache wird an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg zurückverwiesen.

4. Das Land Berlin hat den Beschwerdeführern ihre notwendigen Auslagen zu erstatten.

Zugleich beantrage ich, im Wege der einstweiligen Anordnung nach § 32 BVerfGG bis zur Entscheidung über die Verfassungsbeschwerde anzuordnen:

1. Dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesamt für Verfassungsschutz wird untersagt, Kopien der am 25. August 2017 sichergestellten externen Festplatte Intenso Memory Center 1 TB mit der Beschriftung „Backup A“ der Beschwerdeführerin zu 1) zu entschlüsseln, auszuwerten oder in sonstiger Form zu verwerten.

2. a. Das Bundesministerium des Innern und das Bundesamt für Verfassungsschutz werden angewiesen, sämtliche Datenträger mit den von dieser Festplatte kopierten Daten bei dem Amtsgericht Tiergarten in Berlin zu hinterlegen.

b. Die Datenträger sind vor ihrer Hinterlegung durch die hinterlegende Behörde zu versiegeln.

Ich rüge die Verletzung der Rechte auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG), Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG) und effektiven Rechtsschutz (Art. 19 Abs. 4 GG). Vollmachten werde ich nachreichen.

Begründung:

Die Beschwerdeführerin zu 1) ist die Verfasste Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (im Folgenden: Studierendenschaft). Der Beschwerdeführer zu 2) und die Beschwerdeführerin zu 3) sind Studierende an dieser Universität. Zugleich gehörten sie bis 2018 dem Vorstand der Beschwerdeführerin zu 1) an.

Die Beschwerdeführer wenden sich gegen die beabsichtigte Entschlüsselung und Auswertung eines umfangreichen Bestandes von Daten über die Studierenden der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg durch das Bundesministerium des Innern und (insbesondere) durch das Bundesamt für Verfassungsschutz. Die Daten wurden bei der Durchsuchung der Wohnung einer von einem Vereinsverbot betroffenen Person erlangt, die beruflich bei der Studierendenschaft tätig war und eine Sicherheitskopie des Datenbestandes der Studierendenschaft bei sich aufbewahrte.

Die angegriffenen Gerichtsentscheidungen (Anlagen 1 und 2) haben den Beschwerdeführern den begehrten vorläufigen Rechtsschutz versagt.

I. Sachverhalt

1. Durch Verfügung des Bundesministeriums des Innern vom 14. August 2017

- Anlage 3 -

wurde der Verein „linksunten.indymedia“ verboten und aufgelöst. Das Verbot stützte sich im Wesentlichen darauf, dass dieser Verein die Internetplattform „linksunten.indymedia“ betreibe, auf der insbesondere gewaltbereite Linksextremisten strafrechtlich relevante Beiträge, Selbstbezeichnungsschreiben und verfassungsfeindliche Inhalte veröffentlichten. Der Verein laufe daher nach Inhalt und Zweck den Strafgesetzen zuwider und richte sich gegen die

verfassungsmäßige Ordnung. Unter anderem sei E Mitglied, Moderator und Mitbetreiber der Internetplattform.

In Vollzug dieser Verfügung erließ das Verwaltungsgericht Freiburg auf Antrag des Regierungspräsidiums Freiburg am 21. August 2017 einen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluss (4 K 7028/17),

- Anlage 4 -

durch den die Durchsuchung der Wohnräume des E unter anderem zum Auffinden weiterer Unterlagen und Gegenstände, die als Beweismittel im Vereinsverbotsverfahren von Bedeutung sein können, angeordnet wurde.

Ferner wurde die Beschlagnahme „dabei aufgefundenen Gegenstände, Unterlagen, Dokumente und Druckwerke, die als Beweismittel für das vereinsrechtliche Ermittlungsverfahren gegen den Verein ‚linksunten.indymedia‘ von Bedeutung sein können“, angeordnet. Die Beschlagnahmeanordnung wurde später durch Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 19. Juni 2018 (1 S 2071/17)

- Anlage 5 -

wegen mangelnder Bestimmtheit aufgehoben.

Am 25. August 2017 wurde die Wohnung des E durchsucht; es wurden insgesamt 22 Gegenstände mitgenommen. Hierunter befanden sich fünf Laptop-Computer, drei USB-Sticks und acht externe Festplatten..

- Beschlagnahmeprotokoll vom 25. August 2017 (Anlage 6), insbesondere Nr. 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11 (Festplatten), 12, 16A, 22 (USB-Sticks), 15, 16, 17, 18, 19 (Laptops) -

Unter den mitgenommenen, als „beschlagnahmt“ bezeichneten Gegenständen befanden sich ein USB-Speicherstick und eine Intenso Memory Center 1 TB externe Festplatte mit der Beschriftung „Backup A“ (Nr. 11 und Nr. 22 des Protokolls). Diese beiden Gegenstände gehörten der Beschwerdeführerin zu 1); E hatte sie lediglich im Rahmen seiner seit dem 15. Juli 2017 bestehenden Tätigkeit als Systemadministrator bei der Beschwerdeführerin zu 1) als Sicherheitskopien mit in seine Wohnung genommen. Am 25. September 2017 wurden die beiden Datenträger der Beschwerdeführerin zu 1) zurückgegeben. Allerdings waren die auf den Speichermedien enthaltenen Daten durch das Landeskriminalamt Baden-Württemberg „forensisch gesichert“, d.h. vollständig und ohne Änderungen kopiert worden. Eine Kopie dieser Daten wurde dem Bundesamt für Verfassungsschutz zur Auswertung übergeben.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz war bereits am 29. August 2018 durch das Bundesministerium des Innern mit der federführenden Auswertung der beim Vollzug des Vereinsverbots am 25. August sichergestellten Asservate – etwa 200 Datenträger mit einem Volumen von geschätzten 40 Terabyte – beauftragt worden.

- Schriftsatz des Prozessbevollmächtigten des Bundesministeriums des Innern vom 28. Dezember 2017 mit beigefügter Mail vom 29. August 2017, Anlage 7 -

Die Beschwerdeführerin zu 1) verlangte daraufhin erfolglos die Herausgabe auch dieser Kopien sowie die Versicherung, dass keine weiteren Daten erfasst und gespeichert worden seien, bzw. die Löschung dieser Daten.

2. Am 7. November 2017 beantragten die Beschwerdeführer beim Verwaltungsgericht Freiburg sinngemäß, es 1) dem Land Baden-Württemberg und 2) der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium des Innern, im Wege der einstweiligen Anordnung zu untersagen, den USB-Stick und die Festplatte zu entschlüsseln, zu öffnen und auszuwerten.

- Antragsschrift vom 7. November 2017, Anlage 8 -

In den dortigen Anlagen waren das Beschlagnahmeprotokoll (Anlage 6), die eidesstattliche Versicherung C (Anlage 9) und der Arbeitsvertrag E (Anlage 19) enthalten (= dortige Anlagen vor A 3, A 15 und vor A 2) -

Zur Begründung führten die Beschwerdeführer aus:

a. Die mitgenommene Festplatte enthält nahezu alle Dateien und Daten, die im Rahmen der Arbeit der Studierendenschaft über mehrere Jahre bzw. Jahrzehnte hinweg angefallen und gespeichert sind. Hierbei handelt es sich unter anderem um:

(1) Daten aus den internen Arbeitsabläufen der Studierendenschaft und auch von einzelnen Personen in ihren jeweiligen Funktionen bei der Studierendenschaft,

(2) die kompletten Wähler(innen)verzeichnisse für die jährlichen Wahlen der Studierendenschaft mit den Angaben der Namen, Matrikelnummern und Fachbereichszugehörigkeiten aus den Jahren von 2014 bis 2017,

einschließlich (im Rahmen der Wahlvorschläge) die Email-Adressen, Post-Adressen und zum Teil auch Telefonnummern einiger Studierender,

(3) Daten der Finanzverwaltung der Studierendenvertretung, darunter Kontoauszüge, auf denen sämtliche Finanzvorgänge der Studierendenschaft seit 2013 nachvollzogen werden können. Sie geben unter anderem Auskunft über die Empfänger von Geldzahlungen für Einkäufe und insbesondere der Referent(inn)en der einzelnen Referate, die Mitglieder der Wahl-, Satzungs- und Schlichtungskommission, des Studierendenratspräsidiums, der Mitglieder des Vorstandes (z. B. Reisekosten und Bezüge) sowie die monatlichen Gehaltszahlungen für alle sieben Angestellten. Darüber hinaus werden dort auch Arbeitszeitkonten einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geführt.

(4) Daten der Studierendenvertretung der Pädagogischen Hochschule Freiburg, die auf der Grundlage eines einjährigen Verwaltungsabkommens aus dem Jahre 2014 gespeichert wurden. Diese Daten sind vergleichbar den Finanzdaten der Studierendenschaft der Universität Freiburg.

(5) – besonders sensibel – eine Sicherungskopie von Mailkorrespondenzen der Verfassten Studierendenschaft bis Juli 2017. Diese enthält Schriftverkehr mit Anwältinnen und Anwälten, mit Referaten des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA), mit Einzelpersonen, welche in der Studierendenschaft aktiv sind oder waren, und insbesondere auch den ausführlichen Schriftverkehr zur Organisation der Klagen gegen Studiengebühren gegen das Land Baden-Württemberg, darunter Korrespondenz mit Bündnispartner(inne)n, dem Anwalt und mit dem Freiburger Kläger, sowie einigen weiteren potentiellen Klägern und Klägerinnen. In diesen Korrespondenzen befindet sich auch der universitätsinterne Mailverkehr mit dem Rektorat der Universität und anderen Studierendenvertretungen und politischen Netzwerken mit vertraulichen Inhalten.

(6) Daten aller jemals auf dem Server der Studierendenschaft erstellten Accounts. Diese gehen teilweise bis ins Jahr 2002 zurück. Darunter sind auch – ebenfalls besonders sensibel – Fotos von verschiedenen Protestaktionen aus der Studierendenschaft, die zum Teil im Fokus des öffentlichen Interesses gestanden haben. Die darüber gespeicherten Fotos würden es ermöglichen, einzelne Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Aktionen zu erkennen und zu identifizieren.

(7) Passwortdateien, die die Studierendenschaft und ihre Mitarbeiter(innen) zum Schutze vor unbefugtem Gebrauch vergeben haben,

(8) Die erfassten Abstimmungsergebnisse der Fachbereiche und Initiativen im Studierendenrat, dem parlamentarischen Organ der Studierendenschaft; diese lassen sich bis ins Jahr 2013 einzeln und auch namentlich zurückverfolgen und nachvollziehen - insbesondere Entscheidungen des Studierendenrats zu den dort gestellten Anträgen und Bewerbungen. Hierin liegt erhebliche (hochschul-)politische Brisanz.

(9) Schließlich auch Daten des Vereins „Kasse e.V.“ mit Finanzübersichten, Kontobewegungen, Mitgliederlisten und das entsprechend seiner satzungsgemäßen Aufgabe gesammelte Archivmaterial der Studierendenschaften. Dieser Verein war bis 2013 Trägerverein der unabhängigen Studierendenvertretung an der Universität (u-AStA).

Auf der Festplatte befinden sich rund eine Million Dateien. Der Beschwerdeführerin zu 1) ist nicht bekannt, dass dort auch irgendwelche Informationen enthalten seien, die im Zusammenhang mit der Internetplattform linksunten.indymedia.org stünden und für die Durchführung des Verbotsverfahrens von Bedeutung sein könnten.

Diese Angaben wurden im Verfahren nicht bestritten und durch eine eidesstattliche Versicherung des damaligen Vorsitzenden der Studierendenschaft, C, glaubhaft gemacht.

- Anlage 9 -

b. In rechtlicher Hinsicht führten die Beschwerdeführer aus, es genüge nicht, dass E die Unterlagen der Studierendenschaft in zulässiger und arbeitsvertraglich gebilligter Weise bei sich zu Hause aufbewahrt habe, um die Vermutung zu begründen, dass die Daten zur Begründung des Vereinsverbots erforderlich sein könnten. Es genüge nicht, dass die Möglichkeit einer Speicherung verbotsrelevanter Daten nicht ausgeschlossen werden könne. Da die Verbotsverfügung bereits ergangen war, seien weitere Ermittlungen mit Eingriffscharakter nicht mehr bzw. nur noch sehr zurückhaltend zulässig. Daher sei die beabsichtigte Öffnung und Auswertung der Dateien unverhältnismäßig. Dem geringen weiteren Ermittlungsbedürfnis stehe insoweit der Schutz der Daten gegenüber und das Vertrauen der Studierendenschaft darauf, dass die Daten nicht ohne erhebliche oder zwingende Gründe dem Zugriff der Sicherheitsbehörden

unterlägen. Die studentische Selbstverwaltung stehe auf dem Spiel. Überdies verstoße die Auswertung von polizeilich beschlagnahmten Dateien durch die Verfassungsschutzbehörden gegen das Gebot der Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten.

Sachen Dritter dürften nach Ziffer 7 der Verbotsverfügung nur beschlagnahmt werden, „soweit der Berechtigte durch Überlassung der Sachen an den Verein ‚linksunten.indymedia‘ dessen gesetzwidrige Bestrebung vorsätzlich gefördert hat oder soweit die Sache zur Förderung dieser Bestrebungen bestimmt sind“.

- Antragschrift vom 7. November 2017, Anlage 8 -

Die Beschwerdeführerin zu 1) sei zum Schutz der bei ihr vorhandenen Daten verpflichtet, und zwar in ihrer Eigenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts und insbesondere als Interessenvertreterin der Studierenden. Die Antragsgegner hätten einen ergänzenden Ermittlungsbedarf nicht dargelegt. Die Beschwerdeführer erinnerten daran, dass bei E neben den Speichermedien der Beschwerdeführerin zu 1) weitere Datenträger mitgenommen worden seien. Dem geringen Interesse der Antragsgegner an der Abrundung des Ermittlungsergebnisses stünden der Umfang und die Masse tausender studentischer Daten gegenüber.

- Schriftsatz der Beschwerdeführer vom 2. Januar 2018, Anlage 10, sowie Schriftsatz vom 16. Februar 2018, Anlage 11 -

3. Nachdem eine Auswertung der Daten des USB-Sticks ergab, dass diese für das Vereinsverbotsverfahren ohne Bedeutung waren, wurden sie mit Zustimmung der Beschwerdeführer gelöscht. Die Beteiligten erklärten das Gerichtsverfahren insoweit übereinstimmend für erledigt. Hinsichtlich der von der Festplatte gespiegelten Daten ist es dem Bundesamt für Verfassungsschutz bisher wegen einer bestehenden Verschlüsselung bisher noch nicht möglich gewesen, die Daten zu öffnen und zu prüfen.

4. Nach Anhörung der Beteiligten trennte das Verwaltungsgericht Freiburg mit Beschluss vom 8. Januar 2018 das Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland ab und verwies es mit Beschluss vom gleichen Tage an das Verwaltungsgericht Berlin, da dieses für den Sitz der Verbotsbehörde örtlich zuständig sei.

- Anlage 12 -

Soweit der Eilantrag gegen das Land Baden-Württemberg gerichtet war, hat das Verwaltungsgericht Freiburg ihn im weiteren Verlauf durch Beschluss vom 6. April 2018 abgelehnt;

- Anlage 13 -

das Beschwerdeverfahren ist noch beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (1 S 982/18) anhängig.

5. Mit dem hier angegriffenen Beschluss vom 20. Februar 2018

- Anlage 2 -

lehnte das Verwaltungsgericht Berlin den gegen die Bundesrepublik gerichteten Antrag als unbegründet ab. Die beantragte Anordnung setze nach § 123 VwGO voraus, dass der Antragsteller einerseits einen materiell-rechtlichen Anspruch glaubhaft mache (Anordnungsanspruch) und andererseits eine Eilbedürftigkeit, welche ein Zuwarten bis zur Hauptsacheentscheidung unzumutbar mache (Anordnungsgrund). Es fehle an einem Anordnungsanspruch. Die Bundesrepublik sei nach § 110 StPO i.V. mit § 4 VereinsG berechtigt, das Speichermedium auf Daten durchzusehen, die im Rahmen eines Vereinsverbotsverfahrens von Bedeutung sein könnten. Derartige Gegenstände könnten bereits auf der Grundlage eines Durchsuchungsbeschlusses vorläufig sichergestellt, mitgenommen und durchleuchtet werden. Erst wenn bei der Durchsicht Daten gefunden würden, die für das Vereinsverbotsverfahren beweisgeeignet sind, bedürfe es einer Beschlagnahmeanordnung. Daher spiele die Frage der Rechtmäßigkeit der Beschlagnahmeanordnung keine Rolle. Der Einwand der Studierendenschaft, sie habe keine Verbindung zu dem verbotenen Verein, sei nicht erheblich, weil es nur darauf ankomme, dass die Festplatte in den Wohnräumen des E gefunden worden sei. Die Eigentumsverhältnisse spielten keine Rolle. Die Studierendenschaft habe nicht glaubhaft gemacht, dass sich auf der Festplatte keine verbotsrelevanten Daten befinden; sie könne dies selbst nicht ausschließen. Schließlich könnten auch datenschutzrechtliche Erwägungen dem Eilantrag nicht zum Erfolg verhelfen; das Vereinsgesetz biete eine hinreichende Rechtsgrundlage für die Durchsicht des Datenbestandes.

6. Die Beschwerdeführer erhoben Beschwerde: Es könne rechtlich nicht darauf ankommen, ob die Studierendenschaft ausschließen könne, dass auf der Festplatte

Daten enthalten seien, die für das Verbotsverfahren von Bedeutung seien. Eine derartige Aussage könne bei einem großen Datenbestand nicht seriös getroffen werden. Die beabsichtigte Auswertung der Dateien der Studierendenschaft durch das Ministerium und auch durch das Bundesamt für Verfassungsschutz bedürfte einer Rechtsgrundlage, die jedoch nicht bestehe. Die Antragsgegnerin selbst bestätige, dass die Studierendenschaft auch nach ihrer Einschätzung in keinem gerichteten Zusammenhang mit dem verbotenen Verein stehe. Die angefochtene Entscheidung begründe nicht, warum die Antragsgegnerin überhaupt weiterer Beweismittel bedürfe und warum weitere Beweismittel ausgerechnet durch eine Auswertung der Dateien der Studierendenschaft zu finden seien. Die Vollzugsbehörden hätten die Mitnahme der Datenträger selbst als Beschlagnahme qualifiziert. Die Studierendenschaft habe im Hinblick auf den Datenträger einen arbeitsrechtlich vermittelten übergeordneten Mitgewahrsam; dies sei vom Zeitpunkt der Kenntniserlangung an zu beachten. In diesem Zeitpunkt sei auch der ursprünglich möglicherweise bestehende Anfangsverdacht in Fortfall geraten. Das Interesse der Antragsgegnerin an den strittigen Daten gründe sich allein auf Mutmaßungen.

Es fehle auch an jedem Hinweis darauf, dass, nachdem die Verbotsverfügung bereits erlassen war, sich gerade auf der Festplatte Daten befanden, die für das Vereinsverbot zusätzliche und rechtlich relevante Gesichtspunkte aufwiesen. Im übrigen sei die angestrebte Sichtung der Dateien unverhältnismäßig, eine gezielte Suche nach Zufallsfunden unzulässig. Die Durchsicht sei auch im Hinblick auf den nunmehr seit der Durchsuchung verstrichenen Zeitraum in gesteigertem Maße rechtfertigungsbedürftig. Dass die Speicherung verbotsrelevanter Informationen auf der strittigen Festplatte nicht ausgeschlossen werden könne, sei ein im Hinblick auf den großen Umfang der personenbezogenen Daten auf der Festplatte nicht hinreichend gewichtig, zumal das Vereinsverbot bereits erlassen und ausführlich begründet worden sei. Das Begehren der Studierendenschaft lasse sich auch auf § 5 VereinsG stützen.

Die Beschwerdeführer seien hilfsweise mit einer Umdeutung ihres Begehrens in einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung analog § 98 Abs. 2 StPO einverstanden.

Der Sache nach handle es sich bei der Auswertung der Daten um eine Art Rasterfahndung, die im Vereinsverbotsverfahren jedoch nicht zur Verfügung stehe. Die Auswertung sei auch datenschutzrechtlich unzulässig. Das Vereinsgesetz enthalte keine bereichsspezifische Regelung für den Umgang mit Daten, und es liege kein Fall erlaubter Informationshilfe vor.

Dieses Vorbringen wurde in weiteren Schriftsätzen vertieft.

- Schriftsätze vom 11. Mai, Mai, 18. Juni und 19. Juli 2018,

Anlagen 15-17 -

Unter ausdrücklicher Verwahrung gegen die Beweisverpflichtung legten die Beschwerdeführer am 24. Mai 2018 eine eidesstaatliche Versicherung des E vor, in der dieser versichert, er habe keine Daten auf das EDV-System seines Arbeitgebers (der Studierendenschaft) geladen, die nichts mit der Erfüllung seiner Arbeitsaufgabe zu tun hatten. Er habe das nach Hause mitgenommene Backup nur verwahrt und dort keine Datenverarbeitungsvorgänge vorgenommen oder vornehmen lassen.

- Schriftsatz Rechtsanwalt Dr. Kauß vom 24. Mai 2018, Anlage 18 -

7. Mit dem hier angegriffenen Beschluss vom 10. Dezember 2018

- Anlage 1 -

wies das Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg die Beschwerde zurück: Das Verwaltungsgericht habe den Beschwerdeführern keine Beweisverpflichtung auferlegt. Es habe erwartet werden können, dass in der Wohnung des E Beweismittel von Bedeutung für das Vereinsverbotsverfahren aufzufinden seien. Einen darüber hinausgehenden Bedarf an Beweismitteln müsse die Verbotsbehörde nicht dartun. Die Auffindungserwartung hätten die Beschwerdeführer im weiteren Verfahren nicht widerlegt. Es genüge, dass E die schreibende Zugriffsmöglichkeit auf die Festplatte hatte. Die Mitnahme der Datenträger zur Durchsicht sei keine Beschlagnahme, sondern bereits von der Durchsuchungsanordnung gedeckt.

Die Durchsicht sei nicht deshalb rechtswidrig, weil es sich dabei um unzulässige nachträgliche Ermittlungen handele, für die erhöhte Voraussetzungen erforderlich seien. Es genüge nach wie vor ein Anfangsverdacht, der hier gegeben sei.

Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz sei nicht verletzt. Die bloße Menge der studentischen Daten und die Vielzahl von Betroffenen führe nicht dazu, dass die Durchsicht von vornherein zu unterbleiben hätte, denn es sei nicht offensichtlich, dass es sich ausschließlich um bedeutungslose Daten Dritter handele. Der unnötige Zugriff auf verbotsirrelevante Daten Dritter werde dadurch minimiert, dass die Daten nur nach für das Verbotungsverfahren einschlägigen Suchbegriffen (Deskriptoren) durchgesehen würden. Zugleich weise diese Art der Durchsicht für die einzelnen Studierenden nur eine geringe Eingriffsintensität auf. Die

zeitliche Grenze von sechs Monaten sei auf die Phase der Durchsicht von Unterlagen nach § 110 StPO nicht anwendbar. Die beabsichtigte Durchsicht der Daten stelle auch keine Rasterfahndung dar. Die Verordnung zur Durchführung des Vereinsgesetzes erfasse die Sicherstellung zu Ermittlungszwecken nicht.

Zu Unrecht erhebe die Beschwerde datenschutzrechtliche Bedenken. Das Regierungspräsidium Freiburg habe die Daten an das Bundesministerium des Innern übermitteln dürfen; dieses habe die Daten nach § 4 Abs. 1 VereinsG an das in Amtshilfe tätige Bundesamt für Verfassungsschutz weiterleiten dürfen. Auch die nach erfolgter Durchsicht notwendige Anforderung der ausgewerteten Daten durch das Ministerium sei von § 4 VereinsG gedeckt. Die sich an diese Anforderung anschließende Übermittlung der Daten stütze sich auf § 19 BVerfSchG. Hiernach sei die Übermittlung an inländische öffentliche Stellen möglich, wenn der Empfänger diese zum Schutze der freiheitlich demokratischen Grundordnung benötige. Diesem Zweck diene das Vereinsverbot im vorliegenden Fall. Das Bundesamt für Verfassungsschutz sei im Sinne des § 4 VereinsG amtshilfefähig. Schließlich verletze die Hilfeleistung des Bundesamts nicht das nachrichtendienstliche Trennungsprinzip. Der von § 8 Abs. 3 Halbsatz 2 BVerfSchG nicht geregelte Fall, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz Amtshilfe für Polizeibehörden leistet, sei zulässig, solange das Bundesamt hierfür keine nachrichtendienstliche Mittel einsetze. So liege es hier, da das Ministerium das Bundesamt nur um Amtshilfe zur Entschlüsselung und Durchsicht von Daten ersucht habe, die sie zuvor mit rechtmäßigen polizeilichen Zwangsmitteln gewonnen habe.

Ebensowenig liege in der Datenübermittlung ein Verstoß gegen das informationelle Trennungsprinzip. Zwar unterlägen hiernach Regelungen, die den Austausch von Daten der Polizeibehörden und Nachrichtendienst ermöglichen, hinsichtlich des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung gesteigerten verfassungsrechtlichen Anforderungen, so dass ein Austausch nur ausnahmsweise zulässig sei. Soweit es aber nicht um den generellen Zugriff und Datenaustausch gehe, sondern um die Übermittlung von Daten aus den bei den Fachbehörden geführten Dateien auf Ersuchen im Einzelfall, richte sich die Zulässigkeit nach den einschlägigen fachlichen Einzelübermittlungsvorschriften. Damit sei der auf das Amtshilfeersuchen für das konkrete Vereinsverbot gestützte Datenaustausch zwischen Ministerium und Bundesamt für Verfassungsschutz zulässig.

II. Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde

1. Nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 a GG entscheidet das Bundesverfassungsgericht über Verfassungsbeschwerden, die von „jedermann“ mit der Behauptung erhoben werden können, in Grundrechten verletzt zu sein. Der Beschwerdeführer zu 2) und die Beschwerdeführerin zu 3) fallen als natürliche Personen unter den Begriff „jedermann“. Beschwerdefähig ist auch die Beschwerdeführerin zu 1), obgleich es sich bei ihr als Verfasste Studierendenschaft nach § 65 Hochschulgesetz Baden-Württemberg um eine Körperschaft des öffentlichen Rechts handelt. Auch sie ist für das gegenwärtige Verfahren als grundrechtsfähig anzusehen und daher berechtigt, Verfassungsbeschwerde zu erheben.

Nach Art. 19 Abs. 3 GG gelten die Grundrechte auch für inländische juristische Person, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind. Während juristische Personen des Privatrechts hiernach als grundrechtsfähig zählen, können sich allerdings nach langjähriger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts inländische juristische Personen des öffentlichen Rechts grundsätzlich nicht auf die materiellen Grundrechte berufen. Das Gericht selbst hat diese Rechtsprechung kürzlich in seinem Urteil zur Atomgesetz-Novelle wie folgt zusammengefasst (BVerfGE 143, 246, 313 f.):

„Das Fehlen ihrer Grundrechtsfähigkeit hat das Bundesverfassungsgericht auf eine Reihe verschiedener, sich zum Teil ergänzender Gründe gestützt. So könne der nach Art. 1 Abs. 3 GG an die Grundrechte gebundene Staat nicht gleichzeitig Adressat und Berechtigter von Grundrechten sein (vgl. BVerfGE 15, 256 <262>; 21, 362 <369 f.>). Auch bei selbständigen Organisationseinheiten handele es sich, vom Menschen und Bürger als dem ursprünglichen Inhaber der Grundrechte her gesehen, jeweils nur um eine besondere Erscheinungsform der einheitlichen Staatsgewalt (vgl. BVerfGE 4, 27 <30>; 21, 362 <370>). Nur wenn die Bildung und Betätigung einer juristischen Person Ausdruck der freien Entfaltung der privaten, natürlichen Personen sei, wenn insbesondere der Durchgriff auf die hinter den juristischen Personen stehenden Menschen es als sinnvoll und erforderlich erscheinen lasse, sei es gerechtfertigt, juristische Personen als Grundrechtsinhaber anzusehen und sie kraft dessen auch in den Schutzbereich bestimmter materieller Grundrechte einzubeziehen (vgl. BVerfGE 21, 362 <369>; 61, 82 <101>; 68, 193 <206>). Die juristischen Personen öffentlichen Rechts stünden dem Staat bei Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgaben nicht in der gleichen grundrechtstypischen Gefährdungslage gegenüber wie der einzelne Grundrechtsträger (vgl. BVerfGE 45, 63 <79>; 61, 82 <102>).“

Ungeachtet anhaltender kritischer Stimmen

- Vgl. etwa kürzlich Ludwigs/Friedmann, Die Grundrechtsberechtigung staatlich beherrschter Unternehmen und juristischer Personen des öffentlichen Rechts. Kontinuität oder Wandel der verfassungsrechtlichen Dogmatik?, NVwZ 2018, 22 ff. -

hat das Bundesverfassungsgericht an dieser Rechtsprechung im Grundsatz stets festgehalten.

- Siehe zuletzt Beschluss vom 26. November 2018, 1 BvR 318/17 u.a. -

Allerdings erkennt das Bundesverfassungsgericht einige Ausnahmesituationen an, in denen juristischen Personen des öffentlichen Rechts Grundrechtsfähigkeit zukommt. Die Grundrechtsfähigkeit Verfasster Studierendenschaften nach baden-württembergischen Hochschulrecht ergibt sich bereits auf der Grundlage dieser anerkannten Ausnahmetatbestände und der Grundsätze der bisherigen Rechtsprechung.

a. Grundrechtsfähig sind nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts diejenigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die unmittelbar einem durch bestimmte Grundrechte geschützten Lebensbereich zugeordnet sind oder ihm kraft ihrer Eigenart von vornherein zugehören, wie etwa Rundfunkanstalten, Universitäten und deren Fakultäten oder Kirchen und sonstige öffentlich-rechtliche Weltanschauungsgemeinschaften (BVerfGE 143, 246 <314> m.w.N.). Es handelt sich um Fallgestaltungen, in denen juristische Personen des öffentlichen Rechts als Sachwalter des Einzelnen bei der Wahrnehmung seiner Grundrechte auftreten, juristische Personen,

„die den Bürgern auch zur Verwirklichung ihrer individuellen Grundrechte dienen, und die als eigenständige, vom Staat unabhängige oder jedenfalls distanzierte Einrichtungen bestehen“ (BVerfGE 45, 63 <79>; 61, 82 <103>).

In diesem Sinne können sich anerkanntermaßen die staatlichen Universitäten und ihre Fakultäten auf das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG) berufen (ständige Rechtsprechung seit BVerfGE 15, 256 <261 f.>).

b. Die Grundrechtsfähigkeit der Verfassten Studierendenschaften hat das Bundesverfassungsgericht bisher ausdrücklich offen gelassen (BVerfGE 93, 85 <94>). Der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin hat sie – in Auslegung der Verfassung des Landes Berlin – für das Grundrecht der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre bejaht, weil die Studentenschaft die Aufgabe habe, die Ziele und Aufgaben der Hochschule zu fördern und hierzu die Pflege

und Entwicklung von Wissenschaft und Kunst durch Forschung, Lehre und Studium gehöre (Beschluss vom 21. Dezember 2000 – 136/00 –, juris).

Diese Erwägungen treffen auch für die baden-württembergischen Studierendenschaft im Hinblick auf Art. 5 Abs. 3 GG zu.

Das Bundesverfassungsgericht hat zur Stellung der Studierenden in der Universität bereits vor längerer Zeit ausgeführt:

„Inwieweit die Freiheit des Studiums verfassungsrechtlich geschützt ist, braucht im Rahmen des vorliegenden Verfassungsbeschwerdeverfahrens nicht abschließend entschieden zu werden (...) Der Student ist jedenfalls kein Schüler und nicht bloßes Objekt der Wissenschaftsvermittlung, sondern er soll ein selbständig mitarbeitendes, an der wissenschaftlichen Erörterung beteiligtes Mitglied der Hochschule sein; das Studium an der Universität ist auf aktive Teilnahme am Wissenschaftsprozess hin angelegt (vgl. BVerfGE 35, 79 (125)). Zumindest soweit der Student bereit und in der Lage ist, in diesem Sinne an der wissenschaftlichen Lehre teilzunehmen, kann auch ihm das Grundrecht aus Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG zustehen.“

- BVerfGE 55, 37 (67 f.) -

Die Aufgaben der Studierendenschaft ist im Hochschulgesetz Baden-Württemberg wie folgt beschrieben:

§ 65 Studierendenschaft

(1) Die immatrikulierten Studierenden (Studierende) einer Hochschule bilden die Verfasste Studierendenschaft (Studierendenschaft). Sie ist eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts und als solche eine Gliedkörperschaft der Hochschule.

(2) Die Studierendenschaft verwaltet ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen selbst. Sie hat unbeschadet der Zuständigkeit der Hochschule und des Studierendenwerks die folgenden Aufgaben:

1. die Wahrnehmung der hochschulpolitischen, fachlichen und fachübergreifenden sowie der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden,
2. die Mitwirkung an den Aufgaben der Hochschulen nach den §§ 2 bis 7,
3. die Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins der Studierenden,

4. die Förderung der Chancengleichheit und den Abbau von Benachteiligungen innerhalb der Studierendenschaft,
5. die Förderung der Integration ausländischer Studierender, die einen Studienabschluss in Baden- Württemberg anstreben,
6. die Förderung der sportlichen Aktivitäten der Studierenden,
7. die Pflege der überregionalen und internationalen Studierendenbeziehungen.

(3) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglicht die Studierendenschaft den Meinungsaustausch in der Gruppe der Studierenden und kann insbesondere auch zu solchen Fragen Stellung beziehen, die sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschule, ihrem Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und die Natur beschäftigen.

(4) Die Studierendenschaft wahrt nach den verfassungsrechtlichen Grundsätzen die weltanschauliche, religiöse und parteipolitische Neutralität. (...)

Nach § 65 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 des Hochschulgesetzes wirken die Studierendenschaften also an den in den §§ 2 bis 7 des Gesetzes sehr ausführlich beschriebenen Aufgaben der Hochschulen mit, wobei den Universitäten nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes insbesondere „in der Verbindung von Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung die Pflege und Entwicklung der Wissenschaften“ obliegt. Die Freiheit des Studiums umfasst nach § 3 Abs. 4 des Hochschulgesetzes die Erarbeitung und Äußerung wissenschaftlicher Meinungen. Auch Studierende sind zu wissenschaftlicher Redlichkeit verpflichtet (§ 3 Abs. 5). Nach § 29 sollen Fähigkeiten, Kenntnisse und Methoden so vermittelt werden, dass die Studierenden zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit und zu verantwortungsvollem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt werden. Insgesamt sind folglich die Studierenden nach ihrer rechtlichen Stellung wichtige, selbständige und aktive Teilnehmer an der wissenschaftlichen Erörterung und am Wissenschaftsprozess.

Demgemäß hat auch die Studierendenschaft als Teilkörperschaft der Universität, die ihre Angelegenheiten selbst verwaltet, an deren Grundrechtsfähigkeit im Hinblick auf die Wissenschaftsfreiheit nach Art. 5 Abs. 3 GG teil und ist insoweit selbst grundrechtsfähig.

c. Die Erstreckung der Grundrechtsberechtigung auf juristische Personen des öffentlichen Rechts ist grundsätzlich auf die Grundrechte beschränkt, zu deren Realisierung die juristische Person besteht (BVerfGE 59, 231 <254 f.>; 83, 238 <302 f.>). Soweit allerdings ein die Ausübung der entsprechenden grundrechtlich geschützten Freiheit unterstützendes Verhalten in einer anderen Grundrechtsnorm geschützt ist, erstreckt sich die Grundrechtsnorm auch auf dieses Grundrecht. Dies hat das Bundesverfassungsgericht für die Rundfunkfreiheit und das sie unterstützende Fernmeldegeheimnis (Art. 10 GG) entschieden

- BVerfGE 107, 299 <310 f.> - ;

es muss gleichermaßen für andere juristische Personen des öffentlichen Rechts gelten.

In diesem Sinne unterstützt die informationelle Selbstbestimmung die Ausübung der Wissenschaftsfreiheit der Studierendenschaften. Wie das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungs-Urteil näher dargelegt hat, setzt die freie Entfaltung der Persönlichkeit unter den modernen Bedingungen der Datenverarbeitung den Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten voraus.

- BVerfGE 65, 1 (43) -

Bei näherer Betrachtung sind nahezu sämtliche gesetzlichen Aufgaben der Studierendenschaften – insbesondere die Wahrnehmung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden, die Förderung ihrer politischen Bildung und ihres staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins, die Förderung ihrer sportlichen Aktivitäten und die Pflege der überregionalen und internationalen Studierendenbeziehungen – darauf angelegt, die Studierenden bei der Entfaltung und Weiterentwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen.

Die Studierendenschaften können ihre Aufgaben, die weithin der Persönlichkeitsentfaltung der Studierenden zu dienen bestimmt sind, nur dann effektiv erfüllen, wenn sie durch Ausübung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung die Persönlichkeit der Studierenden vor Überwachung schützen.

d. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts juristischen Personen in modifizierter Form zusteht. Es hat hierzu ausgeführt:

„Für das allgemeine Persönlichkeitsrecht lässt sich nicht allgemein angeben, ob es seinem Wesen nach auf juristische Personen anwendbar ist. Dies ist vielmehr für die verschiedenen Ausprägungen dieses Grundrechts differenziert zu beurteilen. (...)“

bb) Seine verfassungsrechtliche Grundlage findet der grundrechtliche Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung juristischer Personen in Art. 2 Abs. 1 GG.

Staatliche informationelle Maßnahmen können Gefährdungen oder Verletzungen der grundrechtlich geschützten Freiheit juristischer Personen herbeiführen und einschüchternd auf die Ausübung von Grundrechten wirken (vgl. BVerfGE 113, 29 <46>). In dieser Hinsicht besteht ein Schutzbedürfnis, das dem natürlicher Personen im Ansatz entspricht.

Allerdings ergibt sich insoweit ein Unterschied, als der Tätigkeitskreis juristischer Personen anders als der natürlicher Personen in der Regel durch eine bestimmte Zwecksetzung begrenzt wird. Die Unterschiede, die zwischen den Schutzbedürfnissen natürlicher und juristischer Personen im Hinblick auf das Recht auf informationelle Selbstbestimmung bestehen, sind bei der Bestimmung der grundrechtlichen Gewährleistung zu beachten.

(...) Eine grundrechtlich erhebliche Gefährdungslage besteht nicht stets bereits deshalb, weil eine staatliche Stelle Kenntnisse erlangt, die einen Bezug zu einer bestimmten juristischen Person und ihrer Tätigkeit aufweisen. Die informationelle Maßnahme muss vielmehr die betroffene juristische Person einer Gefährdung hinsichtlich ihrer spezifischen Freiheitsausübung aussetzen. Maßgeblich kommt es insoweit insbesondere auf die Bedeutung der betroffenen Informationen für den grundrechtlich geschützten Tätigkeitskreis der juristischen Person (...) an.“

- BVerfGE 118, 168 (203 f.) -

Der Tätigkeitsbereich der Verfassten Studierendenschaften in Baden-Württemberg ergibt sich aus dem Kreis ihrer oben beschriebenen gesetzlichen Aufgaben. Diese sind, wie soeben bemerkt, im wesentlichen darauf ausgerichtet, die Studierenden bei der Entfaltung und Weiterentwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen.

Sind die Studierendenschaften demnach – innerhalb des autonomen, durch Art. 5 Abs. 3 geschützten Hochschulsystems – als Sachwalter für die Entwicklung der

studentischen Persönlichkeit anzusehen, dann steht ihnen in dieser Hinsicht auch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu.

e. Allerdings muss sich die Grundrechtsfähigkeit der Studierendenschaften auch unabhängig von ihrem Bezug zur Wissenschaftsfreiheit in jedem Fall auf das Recht auf informationelle Selbstbestimmung erstrecken.

In der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist anerkannt, dass auch jenseits der Ausnahmestrukturen (Universitäten, Rundfunkanstalten, Kirchen) eine Körperschaft des öffentlichen Rechts grundrechtsfähig sein kann, wenn sie dem Staat weisungsunabhängig als Interessenvertretung ihrer Mitglieder gegenübertritt. Dies hat das Bundesverfassungsgericht etwa für die Orthopädietechniker-Innungen entschieden, weil sie im konkreten Verfahren nicht in ihrer Funktion als Teil der staatlichen Verwaltung, sondern als Interessenvertretung ihrer Mitglieder betroffen waren (BVerfGE 70, 1 <20>).

Vorrangige Aufgabe der Studierendenschaften ist, wie oben angeführt, „die Wahrnehmung der hochschulpolitischen, fachlichen und fachübergreifenden sowie der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden“. Sämtliche der in § 65 Abs. 2 des Hochschulgesetzes beschriebenen Aufgaben zielen auf die Förderung studentischer Interessen. Die Studierendenschaften sind in erster Linie Interessenvertretungsorganisationen.

Das Bundesverfassungsgericht hat die allgemeine Grundrechtsfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts vor allem deshalb verneint, weil

- es sich bei den verschiedenen juristischen Personen des öffentlichen Rechts jeweils nur um besondere Erscheinungsformen der einheitlichen Staatsgewalt handle,
- bei Eingriffen oder Übergriffen des einen Hoheitsträgers in die Funktion eines anderen es sich der Sache nach um Kompetenzkonflikte im weiteren Sinne und um die sinnvolle und zweckmäßige Aufteilung der staatlichen Gewalt handle; die Regelung solcher Beziehungen sei nicht Gegenstand der Grundrechte, weil der unmittelbare Bezug zum Menschen fehle,
- bei Anerkennung der Grundrechtsfähigkeit der juristischen Personen des öffentlichen Rechts als Träger öffentlicher Aufgaben eine sinnvolle Ordnung der staatlichen Aufgabenerfüllung und eine Anpassung der Staatsorganisation an die wechselnden Erfordernisse der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung erheblich erschwert werden könnte

(zum Ganzen BVerfGE 21, 362 <368 ff.>).

All diese Erwägungen treffen auf die Studierendenschaften nicht zu. Sie können als Körperschaften, die vorrangig und auch mit einer gewissen Einseitigkeit studentische Interessen vertreten, nicht sinnvoll als eine „Erscheinungsform der einheitlichen Staatsgewalt“ verstanden werden. Konflikte zwischen Studierendenschaften und Sicherheitsbehörden – wie etwa im vorliegenden Fall – sind keine „Kompetenzkonflikte im weiteren Sinne“. Vielmehr ist die Studierendenschaft im Hinblick auf die strittigen Daten wie ein beliebiger Bürger den einseitigen Zwangsbefugnissen des Staates ausgesetzt. Die sinnvolle Organisation der staatlichen Aufgabenerfüllung wird durch die Anerkennung der Grundrechtsfähigkeit Verfasster Studierendenschaften nicht stärker beeinträchtigt als durch die Anerkennung der Grundrechtsfähigkeit natürlicher Personen; im Gegenteil kann die Studierendenschaft die Vertretung studentischer Interessen bei Anerkennung ihrer Grundrechtsfähigkeit effektiver wahrnehmen als ohne eine solche Anerkennung. Wie oben ausgeführt, sind die gesetzlichen Aufgaben der Studierendenschaften darauf angelegt, die Studierenden bei der Entfaltung und Weiterentwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen. Dann müssen die Studierendenschaften auch das Recht haben, die Daten zu schützen, die sie zur Verfolgung ihrer Zwecke im Interesse der Studierenden sammeln, speichern und verarbeiten.

Die gegenteilige Annahme – keine Grundrechtsfähigkeit – würde im vorliegenden Fall zu einer schwer verständlichen Grundrechtslücke und zu völlig unsachgemäßen Ergebnissen führen. Die Studierendenschaft ist gleichsam die geborene Interessenvertreterin für den Schutz der bei ihr gespeicherten Daten der Studierenden. Die Verfassungswidrigkeit des Eingriffs im vorliegenden Fall kann in seiner vollständigen Dimension – die Erfassung des gesamten Datenbestandes der Studierendenschaft – nur durch die Studierendenschaft selbst geltend gemacht werden. Es wäre unrealistisch, unpraktisch und untunlich, wenn statt dessen 25.000 oder mehr einzelne Studierende Verfassungsbeschwerden erheben würden. Der einzelne Studierende mag die angestrebte Durchsicht der Daten als einen verhältnismäßig gering belastenden Eingriff empfinden; die verfassungsrechtlich problematische Dimension liegt gerade im großen Umfang der Daten und in der hohen Anzahl der betroffenen Personen. Die Studierendenschaft als Sachwalter studentischer Interessen muss insoweit als grundrechts- und beschwerdefähig angesehen werden.

f. Soweit einer Körperschaft des öffentlichen Rechts ein materielles Grundrecht zusteht, kann sie sich zur Durchsetzung dieses Rechts auch auf das Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz (Art. 19 Abs. 4 GG) berufen.

BVerfGE 107, 299 <310 f.>)

Somit kann sich die Beschwerdeführerin zu 1) in diesem Verfahren auch eine Verletzung des Rechts aus Art. 19 Abs. 4 GG geltend machen.

g. Im Übrigen sind – ohne dass es hierauf entscheidungserheblich ankäme – die bisherigen allgemeinen Grundsätze zur Grundrechtsfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts überprüfungsbedürftig. Diese Grundsätze erscheinen, auch wenn sie sich auf eine fest etablierte und langjährige Rechtsprechung gründen, in keiner Weise zwingend. Eine Neuausrichtung unter Berücksichtigung europarechtlicher Einflüsse ist angebracht.

Es ist bereits häufig darauf hingewiesen worden, dass Art. 19 Abs. 3 GG nach seiner Entstehungsgeschichte ausdrücklich „alle juristischen Personen des öffentlichen und des privaten Rechts“ erfassen sollte. Strittig war lediglich, welche Grundrechte auch für juristische Personen gelten sollten. Nur weil im allgemeinen Redaktionsausschuss keine Einigung im Hinblick auf einen Katalog anwendbarer Grundrechte erzielt werden konnte, wurde die Formulierung „soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind“ gewählt.

- Hierzu Matz, Jahrbuch des öffentlichen Rechts n.F., Band 1 (1951), S. 180-183. -

Die Lehre vom personalen Substrat – in Wahrheit schütze Art. 19 Abs. 3 GG die hinter der juristischen Person stehenden natürlichen Personen – ist nicht tragfähig, weil das Grundgesetz juristischen Personen eine eigene Grundrechtsberechtigung zuspricht. Das Konfusionsargument – der Staat könne nicht gleichzeitig Grundrechtsträger und –verpflichteter sein – lässt sich im Hinblick auf die Prozessgrundrechte (Art. 101 und 103 GG), die Ausnahmetrias und die oben beschriebenen weiteren Ausnahmen nicht durchhalten. Unionsrechtliche Erwägungen führten das Bundesverfassungsgericht kürzlich dazu, im Vattenfall-Urteil eine inländische juristische Person, die vollständig von einem ausländischen Staat beherrscht wird, als grundrechtsfähig anzuerkennen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellt für die Beschwerdefähigkeit nach Art. 34 EMRK (die die Grundrechtsfähigkeit impliziert) im wesentlichen auf die Nichtausübung hoheitlicher Gewalt und die Unabhängigkeit gegenüber politischen Instanzen ab, und hat unter anderem eine Eigengesellschaft des iranischen Staates als beschwerdefähig anerkannt

- Zum Ganzen Ludwigs/Friedmann, NVwZ 2018, 22 ff. -

Bemerkenswerterweise führt das Vattenfall-Urteil

- BVerfG, Urteil vom 6. Dezember 2016 – 1 BvR 2821/11 u.a. –
Rn 190-202 -

zu einer Bevorzugung inländischer juristischer Personen, deren Anteile von ausländischen Staaten gehalten werden, gegenüber rein inländischen Staatsunternehmen. So verständlich und nachvollziehbar diese Rechtsprechungsentwicklung – insbesondere aus europarechtlicher Sicht – auch sein mag, so steht sie doch im Ergebnis in einem nicht auflösbaren Spannungsverhältnis zum Wortlaut des Art. 19 Abs. 3 GG, der inländische juristische Personen für grundrechtsfähig erklärt, ausländische hingegen nicht.

Maßgeblich muss sein, ob im Einzelfall eine grundrechtstypische Gefährdungslage vorliegt, d.h. ob die Lage der juristischen Person der Lage einer natürlichen Person, die gegen den freiheitsgefährdenden Staat den Schutz der Grundrechte genießt, vergleichbar ist. Eine solche Lage kann auch bei einer juristischen Personen des öffentlichen Rechts gegeben sein. Im vorliegenden Fall befindet sich die Studierendenschaft als Drittbetroffene einer Durchsuchung und Sicherstellung jedenfalls eindeutig in einer grundrechtstypischen Gefährdungslage.

2. Die Beschwerdeführer sind beschwerdebefugt. Es erscheint möglich, dass die Beschwerdeführerin zu 1) durch die beabsichtigte Entschlüsselung und Durchsicht der Daten sowie die Verweigerung des vorläufigen Rechtsschutzes in ihren Grundrechten auf informationelle Selbstbestimmung, Wissenschaftsfreiheit und Rechtsschutz verletzt ist.

Ebenso ist nicht ausgeschlossen, dass der Beschwerdeführer zu 2) und die Beschwerdeführerin zu 3) in ihren Grundrechten auf informationelle Selbstbestimmung und Rechtsschutz verletzt sind.

Die Beschwerdeführer sind selbst, gegenwärtig und unmittelbar betroffen. Die beabsichtigte Entschlüsselung und Durchsicht der Daten kann sich jederzeit verwirklichen.

3. Die Beschwerdeführer haben den Rechtsweg des vorläufigen Rechtsschutzes erschöpft und den Grundsatz der Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde beachtet.

a. Eine Verweisung auf das Hauptsacheverfahren ist den Beschwerdeführern nicht zumutbar.

Beschwerdeführer dürfen nicht auf die Hauptsache verwiesen werden, wenn die Verletzung von Grundrechten durch die Eilentscheidung selbst geltend gemacht wird.

- BVerfGE 93, 1 (14) -

Im vorliegenden Verfahren geht es den Beschwerdeführern gerade – legitimerweise – darum, die Behörden daran zu hindern, während der laufenden Rechtsschutzverfahren die Bemühungen zur Entschlüsselung, Durchsicht und Auswertung der Daten fortzusetzen. Dies ist nur im Wege des Eilrechtsschutzes erreichbar. Die Beschwerdeführer sehen ihre Grundrechte auch und gerade dadurch verletzt, dass ihnen die angegriffenen Entscheidungen den begehrten Eilrechtsschutz verweigert haben.

Im Übrigen haben die Beschwerdeführer dem Oberverwaltungsgericht anheim gegeben, analog § 98 Abs. 2 StPO die vorläufige Sicherstellung aufzuheben und den Antrag entsprechend umzudeuten.

- Schriftsatz Rechtsanwalt Kauß vom 22.3.2018, Anlage 13, S. 28 f. sowie Schriftsatz vom 11.5.2018, Anlage 14, S. 28 -

b. Von der Durchführung eines Hauptsacheverfahrens wäre keine weitere Klärung der Angelegenheit zu erwarten. Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht haben bei der Erörterung des Anordnungsanspruchs die Rechtmäßigkeit der Sicherstellung und der beabsichtigten Durchsicht in vollem Umfang geprüft und bejaht, sich also mit den maßgeblichen Rechtsfragen umfassend auseinandergesetzt. Von der Durchführung des Hauptsacheverfahrens oder eines weiteren Verfahrens um die Aufhebung der Sicherstellung wäre kein weiterer Ertrag zu erwarten; sie wäre für die Beschwerdeführer ohne jede Aussicht auf Erfolg. Sie entspräche überdies nicht vollständig ihrem Rechtsschutzziel, das sich gerade auf die Gewährung von Eilrechtsschutz bezieht.

III. Annahmefähigkeit

Die Verfassungsbeschwerde ist annahmefähig. Sie hat im Sinne des § 93a BVerfGG einerseits grundsätzliche Bedeutung, und andererseits ist ihre Annahme zur Durchsetzung der Grundrechte der Beschwerdeführer angezeigt.

1. Von grundsätzlicher Bedeutung ist eine verfassungsrechtliche Frage insbesondere dann, wenn sie noch nicht durch die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung geklärt ist oder wenn sie durch veränderte Verhältnisse erneut klärungsbedürftig geworden ist. An ihrer Klärung muss ein über den Einzelfall hinausgehendes Interesse bestehen. Das kann etwa dann der Fall sein, wenn sie für eine nicht unerhebliche Anzahl von Streitigkeiten bedeutsam ist oder ein Problem von einigem Gewicht betrifft, das in künftigen Fällen erneut Bedeutung erlangen kann.

- BVerfGE 90, 22, 24 f. -

Das vorliegende Verfahren wirft die Frage auf, unter welchen Voraussetzungen die Durchsicht eines umfassenden Datenbestandes, der durch eine Durchsuchung in einem Vereinsverbotsverfahren erlangt wurde und eine große Zahl von Daten unbeteiligter Dritter enthält, mit den Grundrechten der Betroffenen, insbesondere dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, vereinbar ist. Diese Frage stellt sich in besonders eindringlicher Form in Fällen, in denen zum Zeitpunkt der Durchsuchung das Vereinsverbot bereits erlassen ist. Zwar ist diese Frage der Durchsicht solcher Datenbestände für das Strafprozessrecht in gewissem Umfang bereits dahin geklärt, dass sie nur aufgrund einzelfallbezogener Erwägungen stattfinden darf und die Geringfügigkeit der Straftat, eine geringe Beweisbedeutung oder die Vagheit eines Auffindeverdachts der Sicherstellung und Durchsicht entgegenstehen können.

- BVerfGE 113, 29 (57) -

Die Frage, wie diese Kriterien auf Durchsichten im Rahmen eines Vereinsverbotsverfahrens zu übertragen und in solchen Verfahren anzuwenden sind, bedarf jedoch weiterer und abschließender verfassungsgerichtlicher Klärung, weil die Situationen im Straf- und Vereinsverbotsverfahren nicht völlig vergleichbar sind. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf Verfahren zur Ermittlung einer (noch aufzuklärenden) Straftat einerseits und Verfahren zur Bestätigung eines bereits ergangenen Vereinsverbots andererseits. Es bedarf der verfassungsgerichtlichen Klarstellung, dass die Durchsicht umfangreicher Bestände von Daten unbeteiligter Personen im Zuge nachträglicher Ermittlungen zu einem bereits ergangenen Vereinsverbot von Verfassungs wegen erhöhten Verhältnismäßigkeitsanforderungen unterliegt und einer besonderen Rechtfertigung bedarf.

Grundsätzliche Bedeutung hat weiter die bislang nicht geklärte Frage, inwieweit es im Vereinsgesetz an einer verfassungsrechtlich notwendigen Ermächtigungsgrundlage für die Übermittlung von personenbezogenen Daten zwischen Verbots- und Hilfsbehörden fehlt.

Auch die Frage nach dem Umfang der Grundrechtsfähigkeit verfasster Studierendenschaften ist von grundsätzlicher Bedeutung und in der Rechtsprechung bisher nicht abschließend geklärt.

2. Die Annahme der Verfassungsbeschwerde ist auch zur Durchsetzung der Grundrechte der Beschwerdeführer angezeigt im Sinne des § 93 a Abs. 2 lit b BVerfGG.

Angezeigt ist die Annahme,

- vgl. BVerfGE 90, 22 (25); 96, 245 (248) -

wenn die geltend gemachte Verletzung von Grundrechten besonderes Gewicht hat oder den Beschwerdeführer in existentieller Weise betrifft. Besonderes Gewicht hat eine Grundrechtsverletzung, die auf eine generelle Vernachlässigung von Grundrechten hindeutet oder wegen ihrer Wirkung geeignet ist, von der Ausübung von Grundrechten abzuhalten. Eine geltend gemachte Verletzung hat dann besonderes Gewicht, wenn sie auf einer groben Verkennung des durch ein Grundrecht gewährten Schutzes oder einem geradezu leichtfertigen Umgang mit grundrechtlich geschützten Positionen beruht oder rechtsstaatliche Grundsätze krass verletzt.

Die hier geltend gemachte Grundrechtsverletzung ist wegen ihrer Wirkung geeignet, von der Ausübung von Grundrechten abzuhalten. Die beabsichtigte Durchsicht setzt die persönlichen Daten einer großen Zahl Studierender dem Zugriff der Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste aus, Daten, die sich teilweise, wie oben beschrieben, auf die Teilnahme an politischen Aktivitäten und Protestaktionen beziehen und auch Korrespondenz im Rahmen von Mandatsverhältnissen mit Rechtsanwälten enthalten. Zu den Gefahren derart umfassenden Datenzugriffe sagt bereits das Volkszählungsurteil:

„Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen. Wer damit rechnet, daß etwa die Teilnahme an einer Versammlung oder einer Bürgerinitiative behördlich registriert wird und daß ihm dadurch Risiken entstehen können, wird möglicherweise auf eine Ausübung seiner entsprechenden Grundrechte (Art 8, 9 GG) verzichten. Dies würde nicht nur die individuellen Entfaltungschancen des Einzelnen beeinträchtigen, sondern auch das Gemeinwohl, weil Selbstbestimmung eine elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungsfähigkeit und

Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens ist.

Hieraus folgt: Freie Entfaltung der Persönlichkeit setzt unter den modernen Bedingungen der Datenverarbeitung den Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten voraus.“

- BVerfGE 65, 1 <43> -

Da die angegriffenen Gerichtsentscheidungen, wie noch auszuführen sein wird, eine völlig unzureichende Verhältnismäßigkeitsabwägung vorgenommen haben, beruhen sie auch auf einer groben Verkennung des durch ein Grundrecht gewährten Schutzes und einem geradezu leichtfertigen Umgang mit grundrechtlich geschützten Positionen. Die hier geltend gemachten Grundrechtsverletzungen haben deshalb besonderes Gewicht.

IV. Begründetheit

1. Die beabsichtigte Datendurchsicht und die sie bestätigenden Gerichtsentscheidungen verletzen die Beschwerdeführer in ihrem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, das sich für die Beschwerdeführerin zu 1) aus Art. 2 Abs. 1 GG, für den Beschwerdeführer zu 2) und die Beschwerdeführerin zu 3) aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG ergibt.

Das Bundesverfassungsgericht hat kürzlich seinen Prüfungsumfang im Hinblick auf die Sicherstellung von Datenbeständen im Strafverfahren wie folgt umschrieben:

„Gerichtliche Entscheidungen unterliegen nicht einer unbeschränkten tatsächlichen und rechtlichen Nachprüfung durch das Bundesverfassungsgericht im Hinblick auf die Richtigkeit der Tatsachenfeststellungen und auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechtsanwendung. Die Gestaltung des Strafverfahrens, die Auslegung der Vorschriften des Straf- und Strafprozessrechts sowie ihre Anwendung auf den einzelnen Fall sind allein Sache der dafür zuständigen Fachgerichte und der verfassungsgerichtlichen Nachprüfung entzogen, soweit nicht Willkür vorliegt oder spezifisches Verfassungsrecht verletzt ist (vgl. BVerfGE 18, 85 <92 f.>; 34, 369 <379>).

Willkürlich ist ein Richterspruch, wenn er unter keinem denkbaren Aspekt rechtlich vertretbar ist und sich daher der Schluss aufdrängt, dass er auf sachfremden Erwägungen beruht. (...)

Eine Verletzung spezifischen Verfassungsrechts setzt voraus, dass ein etwaiger Fehler der Fachgerichte gerade in der Nichtbeachtung von Grundrechten liegt. Das ist in der Regel erst dann der Fall, wenn ein Fehler sichtbar wird, der auf einer grundsätzlich unrichtigen Anschauung von der Bedeutung eines Grundrechts, insbesondere vom Umfang seines Schutzbereichs beruht, oder wenn eine fehlerhafte Rechtsanwendung bei verständiger Würdigung der das Grundgesetz beherrschenden Gedanken nicht mehr verständlich ist (vgl. BVerfGE 18, 85 <92 f.>; 56, 247 <248>; 62, 189 <192 f.>; 95, 96 <128>; BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Ersten Senats vom 10. Dezember 2010 - 1 BvR 1739/04 -, juris, Rn. 19). Auf einer grundsätzlich unrichtigen Anschauung des Grundrechts aus Art. 2 Abs. 1 GG beruhen gerichtliche Entscheidungen, wenn sie dessen Schutzgehalt unbeachtet gelassen oder ihn nicht in einen angemessenen Ausgleich mit dem öffentlichen Interesse an einer möglichst vollständigen Wahrheitsermittlung im Strafverfahren und einer wirksamen Strafverfolgung gebracht haben. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass Art. 2 Abs. 1 GG auch juristischen Personen die Befugnis gewährleistet, grundsätzlich selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen ihre individuellen Daten offenbart werden. Es ist in den Blick zu nehmen, inwieweit der Datenzugriff den Interessen der juristischen Person zuwiderläuft und ihr dadurch Nachteile entstehen oder drohen (vgl. BVerfGE 118, 168 <197>; vgl. auch BVerfGE 100, 313 <376> zu Art. 10 GG).“

- BVerfG, Beschluss vom 27. Juni 2018 – 2 BvR 1405/17 u.a. –, Rn. 69-71. -

Im Vereinsverbotsverfahren unterliegt eine Gerichtsentscheidung dementsprechend der verfassungsgerichtlichen Beanstandung, wenn sie den Schutzgehalt des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung nicht in einen angemessenen Ausgleich mit dem öffentlichen Interesse an einer möglichst vollständigen Wahrheitsermittlung im Vereinsverbotsverfahren gebracht hat. Die Herstellung eines solchen angemessenen Ausgleichs haben die Gerichte in den angegriffenen Entscheidungen verfehlt.

a. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung steht, wie oben ausgeführt, grundsätzlich auch der Beschwerdeführerin zu 1) zu. Bereits die

Datendurchsicht nach § 110 StPO greift in ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung ein. In dem strittigen Datenbestand sind umfangreiche Daten enthalten, die etwa interne Vorgänge der Beschwerdeführerin betreffen.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die beabsichtigte Durchsicht der Daten gleichfalls das Recht der Studierenden auf informationelle Selbstbestimmung berührt. Zwar können diejenigen, denen die Informationen Dritter anvertraut wurden, deren Rechte nicht unmittelbar im eigenen Namen geltend machen. In einem Fall, der die Beschlagnahme des Datenbestands einer Rechtsanwaltskanzlei betraf, hat das Bundesverfassungsgericht jedoch entschieden, dass die Verfassungsmäßigkeit der Sicherstellung eines einheitlichen Datenbestands nicht davon abhängen kann, ob der von der Durchsicht betroffene Berufsgeheimnisträger oder ein Mandant rechtlich hiergegen vorgehen. Da prinzipiell jeder Datenbestand durch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung geschützt ist, muss Gleiches auch für eine Studierendenschaft gelten, deren Datenbestand durchgesehen werden soll. Die Bedeutung der Verfassungsbeschwerde erschöpft sich nicht in der Sicherung und Durchsetzung grundgesetzlich garantierter individueller Rechtspositionen; sie hat daneben die Aufgabe, das objektive Verfassungsrecht zu wahren sowie seiner Ausbildung und Fortbildung zu dienen. Im vorliegenden Fall greift also die beabsichtigte Durchsicht der Daten auch in die Grundrechte der Studierenden ein und beeinträchtigt die hiermit zusammenhängenden Belange der Allgemeinheit.

- Vgl. zum Ganzen BVerfGE 113, 29 (46 f.) -

In jedem Fall greift die beabsichtigte Durchsicht in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung des Beschwerdeführers zu 2) und der Beschwerdeführerin zu 3) ein. Sie sind Studierende und ehemalige Vorstandsmitglieder der Studierendenschaft; ihre personenbezogene Daten sind in dem Datenbestand enthalten.

b. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat bei der Sicherstellung eines Datenbestands die strafprozessuale (hier: vereinsrechtliche) Maßnahme wegen der Vielzahl verfahrensunerheblicher Daten eine Streubreite und bezieht zahlreiche Personen mit ein, die in keiner Beziehung zu dem Tatvorwurf (hier: zu dem verbotenen Verein) stehen und den Eingriff durch ihr Verhalten nicht veranlasst haben. Daher bedarf der eingriffsintensive Zugriff auf Datenbestände einer regulierenden Beschränkung.

- BVerfGE 113, 29 (53) -

Hieraus hat das Bundesverfassungsgericht für das Strafverfahren abgeleitet, dass die Gewinnung überschießender und vertraulicher, für das Verfahren aber bedeutungsloser Informationen im Rahmen des Vertretbaren vermieden werden muss. Zwar darf die Problematik der Sichtbarmachung und Wiederherstellung verschleieter, vermischter, verschlüsselter oder gelöschter Daten nicht außer Betracht bleiben. Die Beschlagnahme sämtlicher Daten oder der gesamten Datenverarbeitungsanlage darf aber nicht pauschal damit begründet werden, dass eine etwaige Datenverschleierung nicht ausgeschlossen werden könne. Insoweit bedarf es vielmehr einzelfallbezogener Erwägungen. Der jeweilige Eingriff muss in einem angemessenen Verhältnis zu der Schwere der Straftat und der Stärke des Tatverdachts stehen. Hierbei sind auch die Bedeutung des potentiellen Beweismittels für das Strafverfahren sowie der Grad des auf verfahrenserhebliche Daten bezogenen Auffindeverdachts zu bewerten. Im Einzelfall können die Geringfügigkeit der zu ermittelnden Straftat, eine geringe Beweisbedeutung der auf dem Datenträger vermuteten Informationen sowie die Vagheit eines Auffindeverdachts einer Sicherstellung des Datenbestands entgegenstehen.

- BVerfGE 113, 29 (56 f.) -

Für die Sicherstellung von Datenbeständen zur Durchsicht im Rahmen eines Vereinsverbotsverfahrens ergeben sich daraus folgende verfassungsrechtlichen Maßstäbe:

Die Sicherstellung und Durchsicht eines verschlüsselten Datenbestandes darf nicht pauschal damit begründet werden, es könne nicht ausgeschlossen werden, dass sich in diesem Datenbestand verfahrensrelevante Daten befinden. Insoweit bedarf es vielmehr **einzelfallbezogener Erwägungen**. Der jeweilige Eingriff muss in einem angemessenen Verhältnis zur Stärke des Verdachts stehen. Hierbei sind auch die **Bedeutung des potentiellen Beweismittels für das Vereinsverbotsverfahren** sowie der Grad des auf verfahrenserhebliche Daten bezogenen Auffindeverdachts zu bewerten. Im Einzelfall können eine **geringe Beweisbedeutung der auf dem Datenträger vermuteten Informationen** sowie die **Vagheit eines Auffindeverdachts** einer Sicherstellung des Datenbestands entgegenstehen.

Dies muss insbesondere im Hinblick auf Datenträger gelten, die unstrittig einem ^{*}Dritten – also einem Nichtmitglied des betroffenen Vereins – zuzuordnen sind.

c. Die angegriffenen Entscheidungen sind verfassungsrechtlich zu beanstanden, weil sie nicht von diesen Maßstäben ausgehen (unten aa) und die geforderte Abwägung völlig vermissen lassen (bb).

aa. Die angegriffenen Entscheidungen nennen die beschriebenen verfassungsrechtlichen Maßstäbe nicht. Es ist auch nicht erkennbar, dass sie von den zutreffenden Maßstäben ausgegangen sind.

(1) Sie lassen den Grundsatz unerwähnt, dass die Gewinnung überschießender und vertraulicher, für das Verfahren aber bedeutungsloser Informationen im Rahmen des Vertretbaren vermieden werden muss. Auch in der Sache ist nicht erkennbar, dass sie diesen Grundsatz ihrer Entscheidung zugrunde gelegt haben. Vielmehr halten sie die Durchsicht der Daten allein deshalb für zulässig, weil die Festplatte in der durchsuchten Wohnung gefunden wurde. Sie stützen sich allein auf die Erwägung, es könne nicht ausgeschlossen werden, dass sich in dem sichergestellten Datenbestand verfahrensrelevante Daten befinden.

(2) Nach der genannten Rechtsprechung ist verfassungsrechtlich erforderlich, dass die befassen Gerichte die Bedeutung des potentiellen Beweismittels für das Vereinsverbotsverfahren sowie den Grad des auf verfahrenserhebliche Daten bezogenen Auffindeverdachts bewerten. Auch diesen Ansatzpunkt haben die Gerichte nicht erwähnt, und eine dahingehende Bewertung haben sie nicht vorgenommen.

bb. Die angegriffenen Entscheidungen werden den verfassungsrechtlichen Maßstäben auch in der Sache nicht gerecht, da sie die geforderten einzelfallbezogenen Erwägungen völlig vermissen lassen. Das Verwaltungsgericht nimmt in seinem Beschluss vom 20. Februar 2018 zur Frage der Verhältnismäßigkeit nicht Stellung, und das Oberverwaltungsgericht führt hierzu – nachdem es auf die mögliche zeitliche Begrenzung der Befugnis zur Durchsicht eingegangen ist – aus:

„Die bloße Menge an gespeicherten studentischen Daten und die Vielzahl von Betroffenen führt im Übrigen nicht dazu, dass die Durchsicht aus Gründen der Verhältnismäßigkeit von vornherein zu unterbleiben hätte, denn es ist nicht offensichtlich, dass es sich ausschließlich um bedeutungslose Daten Dritter handelt. Der unnötige Zugriff auf verbotsirrelevante Daten Dritter wird von der Antragsgegnerin dadurch hinreichend minimiert, dass sie die Daten nur nach für das Verbotverfahren einschlägigen Suchbegriffen (Deskriptoren) durchsieht. Zugleich weist diese Art der Durchsicht für die nicht involvierten einzelnen Studierenden nur eine geringe Eingriffsintensität auf.“

- Beschluss vom 10. Dezember 2018 (Anlage 1), Seite 8.

Das Oberverwaltungsgericht geht damit implizit davon aus, die Durchsicht eines Datenbestandes müsse aus Gründen der Verhältnismäßigkeit von vornherein nur

dann unterbleiben, wenn offensichtlich sei, dass es sich ausschließlich um bedeutungslose Daten Dritter handelt. Damit verfehlt es die dargelegten verfassungsrechtlichen Maßstäbe in mehrfacher Hinsicht. Nach diesen Maßstäben hätte das Oberverwaltungsgericht prüfen müssen, ob

- einerseits im vorliegenden Einzelfall eine geringe Beweisbedeutung der auf dem Datenträger vermuteten Informationen oder
- andererseits die Vagheit eines Auffindeverdachts einer Sicherstellung des Datenbestands entgegenstehen.

Diese Prüfung hat das Oberverwaltungsgericht unterlassen. Schon darin liegt ein verfassungsrechtlicher Mangel.

Das Ergebnis der Einzelfallprüfung war keinesfalls eindeutig im Sinne der Auffassung des Oberverwaltungsgerichts.

(1) Gegen eine **Beweisbedeutung** der aufzufindenden Daten sprechen folgende Gesichtspunkte:

(a) Zunächst einmal ist festzustellen, dass die angegriffenen Entscheidungen keine Feststellungen zur Beweisbedeutung möglicher in dem Datenbestand zu findenden Daten getroffen haben. Auch die Antragsgegnerin des Ausgangsverfahrens hat nicht kundgetan, welche Art verbotsrelevanter Daten in dem strittigen Datenbestand überhaupt erwartet werden können. Um den Verhältnismäßigkeitsanforderungen gerecht zu werden, hätten die angegriffenen Entscheidungen eine Einschätzung treffen müssen, welche Art von Daten in dem strittigen Datenbestand zu erwarten sein könnte.

(b) Die Frage der Beweisbedeutung aufzufindender Daten stellt sich deshalb mit besonderer Schärfe, weil die Verbotsverfügung gegen den Verein zum Zeitpunkt der Durchsuchung bereits erlassen war. In der typischen Situation einer strafprozessualen Durchsuchung ist das Ziel der Maßnahme, Beweismittel zu sammeln, die einen bestehenden Verdacht erhärten und ein späteres Urteil stützen können. In dem hier vorliegenden Vereinsverbotsverfahren war das „Urteil“ (jedenfalls auf Verwaltungsebene) bereits gesprochen: nach der Überzeugung des Bundesministeriums des Innern lagen bereits genügend Beweise vor, um den Verein „linksunten.indymedia“ zu verbieten, und das Ministerium hat seine Auffassung in einer 90seitigen Verbotsverfügung begründet. Während also im Strafverfahren eine Durchsuchung, die auf Grund eines einfachen Tatverdachts erfolgen kann, typischerweise zum Auffinden weiterer Beweismittel – und durchaus häufig zum Auffinden des entscheidenden Beweismittels – führt, kann dieser Fall bei einem bereits erlassenen Vereinsverbot nicht eintreten.

Die dem Verbot nachfolgenden Ermittlungen können lediglich zur Auffindung von Beweismitteln führen, die das bereits gefundene Ergebnis bestätigen. Umgekehrt bedeutet dies: das Ergebnis – der Verein ist verboten – steht fest, auch wenn diese Beweise nicht erhoben werden. Unter diesen Umständen kann ihnen, auch wenn nachfolgende Ermittlungen nach der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung für zulässig erachtet werden

- Vgl. BVerwG, Beschluss vom 09. Februar 2001 – 6 B 3/01 –, juris, Rn. 19; zurückhaltend BayVGh, Beschluss vom 22. Dezember 1992 – 4 C 92.3878 –, juris, Rn. 15 –,

von vornherein nur geringe Beweisbedeutung zukommen.

(c) In diesem Zusammenhang ist weiter zu berücksichtigen, dass die verbotsrelevanten Vorwürfe gegen „linksunten.indymedia“ sich auf eine offen einsehbare Internetplattform beziehen. Eine Lektüre der Verbotsverfügung

- Anlage 3 -

zeigt, dass das Ministerium die Vorwürfe der Strafrechtswidrigkeit und Verfassungsfeindlichkeit nahezu ausschließlich auf Texte stützt, die offen von der Webseite heruntergeladen werden konnten. Anders als etwa bei einem Geheimbund, der seine Ziele und Tätigkeiten verschleiert, liegen die verbotsrelevanten Tatsachen im Fall einer Internetplattform klar auf der Hand. Es ist nicht ersichtlich, wie möglicherweise auf der strittigen Festplatte vorhandenen Dateien für das Verbot und auch für das sich anschließende Gerichtsverfahren eine wesentliche (oder überhaupt eine) Beweisbedeutung zukommen könnte.

(2) Mit der Frage der **Vagheit des Auffindeverdachts** hat sich das Oberverwaltungsgericht nicht auseinandergesetzt. Es ist der Auffassung, eine tragfähige Auffindungserwartung bestehe regelmäßig bei Mitgliedern und Hintermännern eines verbotenen Vereins (S. 4), und einen dieser Auffindungserwartung korrespondierenden besonderen „Bedarf an Beweismitteln“ müsse die Verbotsbehörde nicht dartun (S. 5). Das weitere Beschwerdevorbringen lasse die Auffindungserwartung ebenso wenig entfallen.

Es gab jedoch Anhaltspunkte, die den Auffindeverdacht als äußerst vage erscheinen ließen.

(a) Zunächst ist das Ausmaß des Auffindeverdachts davon beeinflusst, dass – unstrittig – der Datenträger E nicht persönlich zuzuordnen war und E ihn nicht zu eigenen Zwecken, sondern für Zwecke seines Arbeitgebers bei sich zu Hause aufbewahrte. Diesen Einfluss haben die angegriffenen Entscheidungen in Abrede gestellt bzw. für unerheblich erklärt.

(b) Wie oben bereits erwähnt, wurden bei S. E insgesamt fünf Laptop-Computer, acht Festplatten und drei USB-Sticks mitgenommen. Unter diesen Umständen machten die der Beschwerdeführerin zu 1) zuzuordnenden Datenträger nur einen kleinen Teil des sichergestellten Datenmaterials aus. Daher war schon die Wahrscheinlichkeit als gering einzuschätzen, dass S. E die Datenträger der Beschwerdeführerin zu 1) überhaupt zur Speicherung verbotsrelevanter Daten nutzte. Noch geringer war die Wahrscheinlichkeit zu beurteilen, dass die von S. E auf den Datenträgern der Beschwerdeführerin zu 1) möglicherweise gespeicherten Daten in ihrer Beweisbedeutung in irgendeiner nennenswerten Weise über den Beweiswert der Daten auf den anderen sichergestellten Datenträgern (darunter die fünf Laptops) hinausgingen. Mit anderen Worten: der „Mehrwert“ einer Durchsicht der Festplatte der Beschwerdeführerin zu 1) war von vornherein äußerst fraglich und begrenzt. Hierzu nehmen die angegriffenen Entscheidungen keine Stellung.

Im Unterschied zu den anderen Datenträgern in Wohnung hatte er daher die strittige Festplatte nur für eine verhältnismäßig kurze Zeit in Gewahrsam. Auch dies spricht dafür, dass auf dieser Festplatte keine oder nur wenige verbotsrelevante Daten zu erwarten waren. Auch hierauf sind die angegriffenen Entscheidungen nicht eingegangen.

* * *

Eine Abwägung unter Berücksichtigung all dieser Gesichtspunkte musste damit zugrunde legen, dass einerseits ein umfassender Datenbestand mit den persönlichen, teils sensiblen Daten einer großen Zahl unbeteiligter Personen betroffen war, dem andererseits ein äußerst vager Auffindeverdacht und eine nur sehr geringe zu erwartende Beweisbedeutung der möglicherweise aufzufindenden Daten gegenüberstand.

Die angegriffenen Entscheidungen hingegen halten die Durchsicht der Daten schlicht und allein deshalb für zulässig, weil die Festplatte in der durchsuchten Wohnung gefunden wurde. Sie stützen sich allein auf die Erwägung, es könne nicht ausgeschlossen werden, dass sich in dem sichergestellten Datenbestand verfahrensrelevante Daten befinden. Diese Erwägung ist jedoch nach der zitierten Rechtsprechung völlig unzureichend, um die Sicherstellung und Durchsicht eines

verschlüsselten, umfangreichen Datenbestandes zu rechtfertigen. Die zahlreichen aufgeführten weiteren Gesichtspunkte haben die angegriffenen Entscheidungen nicht berücksichtigt; eine Auseinandersetzung damit fehlt völlig. Damit haben Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht sich der gebotenen Abwägung verschlossen und die Bedeutung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung der Beschwerdeführer verkannt. Sie haben den Schutzgehalt des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung nicht in einen angemessenen Ausgleich mit dem öffentlichen Interesse an einer möglichst vollständigen Wahrheitsermittlung im Vereinsverbotsverfahren gebracht. Damit ist spezifisches Verfassungsrecht verletzt.

2. Die Beschwerdeführer sind in ihrem Recht auf informationelle Selbstbestimmung weiter dadurch verletzt, dass die umstrittene Durchsicht gerade durch einen Nachrichtendienst, nämlich das Bundesamt für Verfassungsschutz, vorgenommen werden soll. Dies verstößt gegen das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten. Zudem fehlt es im Vereinsgesetz an einer verfassungsrechtlich notwendigen Ermächtigungsgrundlage für die Übermittlung von personenbezogenen Daten zwischen Verbots- und Hilfsbehörden.

a. Die Durchsicht verletzt das nachrichtendienstliche Trennungsprinzip, insbesondere in Gestalt des Gebots der informationellen Trennung, wie es im Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Antiterrordatei entwickelt worden ist. Nach diesem Urteil haben Polizeibehörden und Nachrichtendienste deutlich voneinander unterschiedene Aufgaben, die sich – zusammengefasst – wie folgt beschreiben lassen:

Den Nachrichtendiensten kommt die Aufgabe zu, Aufklärung bereits im Vorfeld von Gefährdungslagen zu betreiben. Sie haben weitreichende Befugnisse zur Datensammlung. Diese zeichnen sich durch relativ geringe Eingriffsschwellen aus. Überdies sammeln die Nachrichtendienste Daten grundsätzlich geheim. Entsprechend gering sind die Möglichkeiten individuellen Rechtsschutzes.

Im Gegenzug und zum Ausgleich ist die Zielrichtung der Aufklärung begrenzt. Sie beschränkt sich im Wesentlichen darauf, fundamentale Gefährdungen, die das Gemeinwesen als Ganzes destabilisieren können, zu beobachten und hierüber zu berichten.

Von diesem Profil unterscheidet sich das der Polizei- und Sicherheitsbehörden grundlegend. Ihnen obliegt die Verhütung,

Verhinderung und Verfolgung von Straftaten. Ihre Aufgaben sind geprägt von einer operativen Verantwortung und insbesondere der Befugnis, gegenüber Einzelnen Maßnahmen erforderlichenfalls auch mit Zwang durchzusetzen. Unbeschadet gewisser Aufgaben auch dieser Behörden schon im Vorfeld von Gefahren sind ihnen Befugnisse gegenüber Einzelnen grundsätzlich nur aus konkretem Anlass verliehen; Voraussetzung ist in der Regel, dass Anhaltspunkte für einen Tatverdacht oder eine Gefahr vorliegen. Diesem Aufgabenprofil entsprechen auch die Datenerhebungs- und -verarbeitungsbefugnisse dieser Behörden.

Die Rechtsordnung unterscheidet damit zwischen einer grundsätzlich offen arbeitenden Polizei und den grundsätzlich verdeckt arbeitenden Nachrichtendiensten. **Eine Geheimpolizei ist nicht vorgesehen.**

Regelungen, die den Austausch von Daten der Polizeibehörden und Nachrichtendiensten ermöglichen, unterliegen angesichts dieser Unterschiede gesteigerten verfassungsrechtlichen Anforderungen. Aus dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung folgt insoweit ein informationelles Trennungsprinzip. Danach dürfen Daten zwischen den Nachrichtendiensten und Polizeibehörden grundsätzlich nicht ausgetauscht werden. Einschränkungen der Datentrennung sind nur ausnahmsweise und zugunsten eines herausragenden öffentlichen Interesses zulässig.

- BVerfGE 133, 277 (324-329) -

b. Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht haben eine Rechtsgrundlage für die Übermittlung der strittigen Dateien an das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Anforderung der Daten nach Auswertung in § 4 Abs. 1 VereinsG gesehen. Hiernach kann die Verbotsbehörde für ihre Ermittlungen die Hilfe der für die Wahrung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zuständigen Behörden und Dienststellen in Anspruch nehmen.

Durch § 4 Abs. 1 VereinsG wird ein Fall der Amtshilfe normiert. Diese besteht in der Regel – so auch hier – darin, dass Informationen, die von der Hilfsbehörde rechtmäßig erhoben wurden, an die Verbotsbehörde übermittelt werden. Es handelt sich mithin um einen Fall der Informationshilfe.

- Albrecht, in: Albrecht/Roggenkamp, VereinsG, 2014, § 4 Rn. 21. -

Aus dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, das übermäßige Informationskonzentration auf Seiten des Staates verhindern soll, folgt, dass die

Übermittlung von personenbezogenen Daten zwischen Verbots- und Hilfsbehörden einer dem Bestimmtheitsgebot entsprechenden bereichsspezifischen Ermächtigungsgrundlage bedarf.

An einer solchen Ermächtigungsgrundlage fehlt es jedoch bereits im Hinblick auf die Befugnis der Verbotsbehörde zur Erhebung der Daten für ein Vereinsverbotsverfahren. Die Regelungen zur Durchführung des vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens, die heute noch maßgeblich auf der ursprünglichen Fassung des Gesetzes aus dem Jahre 1964 beruhen, sind in dieser Hinsicht unzureichend.

Im Vereinsgesetz findet sich nämlich lediglich in § 3 eine Aufgabenbeschreibung der Verbotsbehörde, die dem Bedürfnis bereichsspezifischer Regelungen zur Datenerhebung nicht gerecht wird. Dies ist mit der Forderung des Bundesverfassungsgerichts, das für Beschränkungen der informationellen Selbstbestimmung hinreichend klare und bestimmte gesetzliche Grundlagen verlangt,

- BVerfGE 65, 1 (44) -

nicht vereinbar. Eine reine Aufgabenzuweisung ist etwas anderes als eine Norm, in der die Voraussetzung für die Befugnis zur Speicherung und für die Verpflichtung zur Löschung personenbezogener Daten geregelt sind. Die Zulässigkeit eines datenschutzrechtlich relevanten Vorgangs lässt sich nicht allein anhand der Aufgabe, sondern erst anhand des im jeweiligen Einzelfall angestrebten Zweckes beurteilen. Von der Befugnis zur Erhebung personenbezogener Daten ist im ganzen Vereinsgesetz einschließlich der §§ 3, 4 nicht die Rede. Folglich fehlt es bereits an einer bereichsspezifischen Befugnis der Verbotsbehörde, diejenigen personenbezogenen Daten zu erheben, die für die Durchführung des Vereinsverbotsverfahrens erforderlich sind.

- Vgl. etwa Albrecht, Vereinsrechtliche Verbotsverfahren im Brennspegel der informationellen Selbstbestimmung, Jur-PC Web-Dok 47/2012, Abs. 11 f.; ders., in: Albrecht/Roggenkamp, VereinsG, § 4 Rn. 22 f. -

Die gegenteilige – durchaus verbreitete – Auffassung des Obergerichts, die Amtshilferegelung in § 4 VereinsG schließe bereits die Befugnis zur Datenerhebung und –anforderung ein, ist unzutreffend. Die den Hilfsbehörden zugänglichen Informationen sind keineswegs als 'eigene Erkenntnisse der Verbotsbehörde anzusehen, sondern können nur auf Grundlage bereichsspezifischer Regelungen an diese übermittelt und von ihr empfangen werden.

- Vgl. Albrecht, Jur-PC Web-Dok 47/2012, Abs. 16. -

Solche Regelungen existieren nicht. Die vom Oberverwaltungsgericht herangezogenen §§ 15, 16 Bundesdatenschutzgesetz a.F. sind keine bereichsspezifischen Regelungen.

Die Frage, ob die für das Vereinsverbotsverfahren bestehenden Übermittlungsregelungen im Hinblick auf das Recht auf informationelle Selbstbestimmung unzureichend sind, wurde in einem Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht zwar bereits aufgeworfen, jedoch dort als nicht klärungsbedürftig und –fähig offen gelassen.

- BVerwG, Beschluss vom 29. Januar 2013 – 6 B 40/12 –, juris, Rn. 8-10 -

Die Frage bedarf im vorliegenden Verfahren einer Klärung.

c. Das völlige Fehlen bereichsspezifischer Übermittlungsregelungen hat zur Folge, dass es insbesondere auch keine Regel gibt, die klarstellt, wie weit mit nachrichtendienstlichen Mitteln gewonnene personenbezogene Daten in einem Vereinsverbotsverfahren genutzt werden können – etwa für die Durchsicht der Daten im vorliegenden Fall – und wie weit Nachrichtendienste in vereinsrechtliche Ermittlungen einbezogen werden können. Eine derartige Regel ist aber angesichts der oben dargestellten unterschiedlichen Aufgaben von Nachrichtendiensten und anderen Behörden – insbesondere der verfassungsrechtlich notwendigen Trennung von Nachrichtendiensten und Polizei – unbedingt erforderlich. Es fehlt insbesondere an einer Gesamtregelung des Informationsflusses in Rahmen eines Vereinsverbotsverfahrens, die verhindert, dass sich die Aufgaben der Sicherheitsbehörden und der Nachrichtendienste völlig vermischen.

d. Eine derartige Vermischung hat sich im vorliegenden Fall bereits verwirklicht. Die Verbotsverfügung gründete sich, jedenfalls soweit sie die Möglichkeit einer persönlichen Beteiligung von E an dem verbotenen Verein betraf, wesentlich auf einen Auswertungsvermerk des Bundesamtes für Verfassungsschutz und ein Behördenzeugnis des baden-württembergischen Landesamtes für Verfassungsschutz.

- VGH-Baden-Württemberg, Beschluss vom 19. Juni 2018, Anlage 5, Rn. 20 -

Einige Tage nach der Durchsuchung beauftragte das Bundesministerium des Innern das Bundesamt für Verfassungsschutz mit der federführenden Auswertung der Asservate.

- Schriftsatz des Prozessbevollmächtigten des Bundesministeriums des Innern vom 28. Dezember 2017 mit beigefügter Mail vom 29. August 2017, Anlage 7 -

Der Prozessbevollmächtigte des Bundesministeriums stellte sich später auf den Standpunkt, es sei von Rechts wegen nicht zu beanstanden, dass das Ministerium des Innern als Verbotsbehörde des Bundes das Bundesamt für Verfassungsschutz zur Hilfe bei den auch nach dem Vollzug des Vereinsverbots fortzusetzenden Ermittlungen in Anspruch nehme und „hierbei auch federführend mit den Ermittlungen beauftragt hat“.

- Schriftsatz des Prozessbevollmächtigten des Bundesministeriums des Innern vom 12. Juli 2018, Anlage 20, S. 14 -

Nach der Konzeption des Vereinsgesetzes liegt das vereinsrechtliche Ermittlungsverfahren in der Hand eines Ministeriums als einer möglichst unabhängigen obersten Bundesbehörde. Diese Befugnis darf nicht von der Verbotsbehörde auf andere Stellen verlagert werden.

- Albrecht, in: Albrecht/Roggenkamp, VereinsG, § 4 Rn. 19. -

In dem vorliegenden Verfahren ist jedoch das Bundesamt für Verfassungsschutz „federführend mit den Ermittlungen beauftragt“ worden und hat damit einen ganz maßgeblichen Einfluss auf die Steuerung des Vereinsverbotsverfahrens gewonnen. Damit sind in einer Behörde einerseits die Befugnis zum Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel und andererseits die Steuerung der operativen Ermittlungstätigkeit vereint. Das Bundesamt kann sich in seinen Ermittlungen einerseits auf die eigenen nachrichtendienstlichen Erkenntnisse und andererseits auf die mit polizeilichen Machtbefugnissen erlangten Beweismittel stützen. Damit ist die Trennung von Nachrichtendiensten und operativen Behörden – einschließlich der Polizei – im vorliegenden Vereinsverbotsverfahren völlig aufgehoben. Dies ist mit dem verfassungsrechtlichen Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und operativ tätigen Behörden nicht vereinbar.

3. Die beabsichtigte Durchsicht und die sie bestätigenden Gerichtsentscheidungen verletzen auch das Grundrecht der Beschwerdeführerin zu 1) auf Wissenschaftsfreiheit aus Art. 5 Abs. 3 GG.

Das Bundesverfassungsgericht hat über die Bedeutung der Wissenschaftsfreiheit und der Hochschulautonomie ausgeführt:

„Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG enthält neben einem individuellen Freiheitsrecht eine objektive, das Verhältnis von Wissenschaft, Forschung und Lehre zum Staat regelnde wertentscheidende Grundsatznorm (...). Diese Wertentscheidung schließt das Entstehen des Staates, der sich als Kulturstaat versteht, für die Idee einer freien Wissenschaft und seine Mitwirkung an ihrer Verwirklichung ein (...). Der Staat muss danach für funktionsfähige Institutionen eines freien Wissenschaftsbetriebs sorgen und durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherstellen, dass das individuelle Grundrecht der freien wissenschaftlichen Betätigung so weit unangetastet bleibt, wie das unter Berücksichtigung der anderen legitimen Aufgaben der Wissenschaftseinrichtungen und der Grundrechte der verschiedenen Beteiligten möglich ist (...)

Wissenschaft ist ein grundsätzlich von Fremdbestimmung freier Bereich autonomer Verantwortung (...) Art. 5 Abs. 3 GG fordert, die Hochschulorganisation (...) so zu regeln, dass in der Hochschule freie Wissenschaft möglich ist (...)

- BVerfGE 111, 333, Rn. 134, 136, juris -

Das Grundrecht aus Art. 5 Abs. 3 GG schützt folglich gegen Eingriffe in die Autonomie der Wissenschaft und der Hochschulen, insbesondere in die akademische Selbstverwaltung. Insoweit ist auch die Beschwerdeführerin zu 1) geschützt, die als Teilkörperschaft der Universität zur Selbstverwaltung berechtigt ist. Zur Selbstverwaltung der Studierendenschaft gehört, dass sie ihre Aufgaben grundsätzlich ohne staatliche Einwirkung erfüllen kann; Förderung der Belange der Studierenden ist Teil ihrer Autonomie. Es wurde bereits ausgeführt, dass die Studierendenschaften nach ihrer gesetzlichen Rolle weithin der Persönlichkeitsentfaltung der Studierenden zu dienen bestimmt sind.

Die Studierendenschaften können nur dann ihre Aufgabe effektiv erfüllen, wenn sie durch Ausübung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung die Persönlichkeit der Studierenden vor Überwachung schützen. Unberechtigte staatliche Zugriffe auf die von der Studierendenschaft gespeicherten Daten sind geeignet, das Vertrauen der Studierenden in die Studierendenschaft zu zerstören oder zu beeinträchtigen. Ungerechtfertigte staatliche Überwachung kann Studierende von der Beteiligung an kritischen Meinungsbildungsprozessen abhalten. Dadurch wird die Studierendenschaft in ihrer Selbstverwaltung beeinträchtigt und – unter anderem – an der Erfüllung ihrer gesetzlich festgelegten und gewünschten Aufgabe der „Förderung der politischen Bildung

und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins“ der Studierenden gehindert.

Da die beabsichtigte Durchsicht und die sie bestätigenden Gerichtsentscheidungen, wie dargelegt, unberechtigt in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung eingreifen, verletzen sie gleichzeitig das Recht der Beschwerdeführerin zu 1) aus Art. 5 Abs. 3 GG.

4. Die angegriffenen Entscheidungen verletzen, indem sie den Eilantrag abgelehnt haben, die Beschwerdeführer auch in ihrem Grundrecht aus Art. 19 Abs. 4 GG.

Das Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz schließt die Befugnis und die Pflicht der Gerichte ein, dem Bürger, falls notwendig, auch vorläufigen Rechtsschutz zu gewähren. Vorläufiger Rechtsschutz ist grundsätzlich geboten, wenn dem Betroffenen eine „erhebliche, über Randbereiche hinausgehende Verletzung in seinen Rechten droht, die durch die Entscheidung in der Hauptsache nicht mehr beseitigt werden kann“

- So etwa BVerfGE 93, 1 (14) -

So liegen die Dinge hier. Den Beschwerdeführern droht ein irreparabler Eingriff in ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Denn dieses Recht gewährleistet gerade die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen. Wenn die Daten erst einmal entschlüsselt und durchgesehen sind, lässt sich der Eingriff nicht mehr rückgängig machen.

Indem Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht den Beschwerdeführern den vorläufigen Rechtsschutz – wie dargelegt – zu Unrecht versagt haben, haben sie es versäumt, gegen die Entschlüsselung und gegen die beabsichtigte Durchsicht effektiven Rechtsschutz zu gewähren. Sie sind der Eilbedürftigkeit der Sache nicht gerecht geworden.

5. Die angegriffenen Entscheidungen beruhen auf den dargelegten Verfassungsverstößen. Es ist nicht auszuschließen, dass die Gerichte bei Beachtung der grundrechtlichen Maßstäbe zu einem den Beschwerdeführern günstigen Ergebnis kommen werden. Daher bitte ich, die Entscheidungen aufzuheben.

V. Einstweilige Anordnung

Die Voraussetzungen für den Erlass einer einstweiligen Anordnung liegen vor.

Nach § 32 Abs. 1 BVerfGG kann das Bundesverfassungsgericht im Streitfall einen Zustand durch einstweilige Anordnung vorläufig regeln, wenn dies zur Abwehr schwerer Nachteile, zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus einem anderen wichtigen Grund zum gemeinen Wohl dringend geboten ist. Dabei haben die Gründe, die für die Verfassungswidrigkeit des angegriffenen Hoheitsakts vorgetragen werden, grundsätzlich außer Betracht zu bleiben, es sei denn, die Verfassungsbeschwerde wäre von vornherein unzulässig oder offensichtlich unbegründet (vgl. BVerfGE 7, 367 <371>; 103, 41 <42>; 121, 1 <15>; 134, 138 <140 Rn. 6 m.w.N.>; stRspr).

Bei offenem Ausgang des Verfassungsbeschwerdeverfahrens sind die Folgen, die eintreten würden, wenn die einstweilige Anordnung nicht erginge, die Verfassungsbeschwerde aber später Erfolg hätte, gegenüber den Nachteilen abzuwägen, die entstünden, wenn die begehrte einstweilige Anordnung erlassen würde, der Verfassungsbeschwerde jedoch der Erfolg versagt bliebe (vgl. BVerfGE 105, 365 <371>; 106, 351 <355>; 121, 1 <17>; 125, 385 <393>; 126, 158 <168>; 129, 284 <298>; 132, 195 <232 f. Rn. 87>; stRspr). Die Folgenabwägung gemäß § 32 BVerfGG stützt sich mithin auf eine bloße Einschätzung der Entscheidungswirkungen (vgl. nur BVerfGE 94, 166 <217>).

Die vorliegende Verfassungsbeschwerde ist weder von vornherein unzulässig noch offensichtlich unbegründet (sondern aussichtsreich). Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Entschlüsselung und Durchsicht der sichergestellten Daten die Beschwerdeführer in ihren Grundrechten verletzt.

Bei der somit erforderlichen Folgenabwägung überwiegen die Gründe für den Erlass der einstweiligen Anordnung.

Erginge die einstweilige Anordnung nicht, erwiese sich die Verfassungsbeschwerde später aber als begründet, könnte das Bundesamt für Verfassungsschutz in der Zwischenzeit die Bemühungen um die Entschlüsselung der Daten fortsetzen und im Erfolgsfall die beabsichtigte Durchsicht vornehmen, ohne hierzu berechtigt zu sein. Darin läge ein irreparabler Eingriff in das Recht der Beschwerdeführer auf informationelle Selbstbestimmung. Denn dieses Recht gewährleistet gerade die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen (vgl. BVerfGE 142, 234 <251 Rn. 30> m.w.N.; stRspr). Auch das Grundrecht der Beschwerdeführerin zu 1) auf Wissenschaftsfreiheit wäre verletzt.

Erginge dagegen die einstweilige Anordnung, erwiese sich die Verfassungsbeschwerde später jedoch als unbegründet, würde damit lediglich eine Verzögerung der Ermittlungen für eine begrenzte Zeitspanne einhergehen. Ein Beweisverlust wäre nicht zu befürchten. Dass sich in dem Datenbestand Informationen befinden, die das gerichtliche Verfahren um das Vereinsverbot entscheidend beeinflussen können, ist extrem unwahrscheinlich, da nur ein vager Auffindeverdacht besteht, die Beweisbedeutung der Daten äußerst fraglich ist, das Verbotsverfahren sich auf eine offen einsehbare Internetplattform bezieht und das Verbot bereits erlassen worden ist, so dass allen weiteren Beweisen ohnehin nur eine ergänzende und bestätigende Wirkung zukommen kann. Im Einzelnen wird auf obigen Ausführungen zur Begründetheit der Verfassungsbeschwerde verwiesen.

Bei Abwägung der jeweiligen Folgen wiegen die möglichen Nachteile für die Beschwerdeführer im Ergebnis schwerer als die durch den Erlass der einstweiligen Anordnung eintretende vorübergehende Beschränkung der Ermittlungen in einem Vereinsverbotsverfahren.

Ich bitte darum, die begehrte einstweilige Anordnung zu erlassen.

Prof. Dr. Ralf Alleweldt